

Rubrik Klima/  
Klimaschutz  
von unten

## Studie bestätigt: Klimawandel macht Flucht

**Floh Eine Studie von Wissenschaftler\_innen der Universität der Vereinten Nationen, der Columbia Universität und der Hilfsorganisation Care International ergibt, dass bis zum Jahr 2050 bis zu 700 Millionen Menschen auf Grund der Auswirkungen des Klimawandels zu Flüchtlingen werden.**

„Flucht und Vertreibung von Millionen Menschen infolge des Klimawandels bedrohen laut einer Studie die weltweite Sicherheit in unabsehbarem Ausmaß“ schreibt die Rheinische Post. Das Problem ist also nicht, dass durch den Klimawandel die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen zerstört werden (was längst Realität ist, jährlich sterben laut neusten Schätzungen etwa 300 000 Menschen pro Jahr an den Folgen des Klimawandels), sondern dass, wenn diese Menschen dann zu Flüchtlingen werden, die weltweite Sicherheit bedroht ist.

Das Problem ist nicht, dass die Industrieländer den Klimawandel verursachen und die Auswirkungen aber die Menschen im globalen Süden treffen, nein: Das Problem ist, dass die Auswirkungen der Auswirkungen, also die Flüchtlinge die Sicherheit der Industrieländer bedrohen. Aber letzteren wird schon etwas einfallen: Tipps kann man sich bei der spanischen Küstenwache holen.

Auch bei Berechnungen über die wirtschaftlichen Auswirkungen des Klima-

wandels werden Menschen des globalen Südens erst wichtig, wenn gegen sie Sicherheitsvorkehrungen (sprich: Abschottungsmaßnahmen) getroffen werden müssen. In den Berechnungen der Wissenschaftler des IPCC wird ein Opfer aus Uganda mit einem Dollar berechnet, wohingegen ein Toter Europäer eine Millionen Dollar volkswirtschaftlichen Schaden anrichtet.

Die Folgen des Klimawandels werden nicht verhindert werden können, sondern lediglich auf ein Ausmaß begrenzt werden können, bei dem die Folgen zumindest für die Menschen handhabbar sind. Dafür braucht es aber die Möglichkeit zum Aufbau von Solidarität. Was heißt, dass jene Menschen, deren Lebensgrundlagen in ihrer Heimat zerstört wurden, nicht an den Mauern zum reichen Norden verhungern oder erschossen werden, sondern dass sie selbstverständlich dort unterkom-

men wo die Lebensbedingungen noch besser sind, und dass gemeinsame Anstrengungen geleistet werden, die Bedingungen vor Ort zu verbessern (technisch und sozial).

Beides, das Eindämmen der Auswirkungen des Klimawandels und auch ein solidarischer Umgang mit den betroffenen Menschen ist nur möglich ohne kapitalistische oder andere Herrschaftsverhältnisse: Denn in diesen ist der Profit an den ausgebeuteten Menschen größer als ihr wirtschaftlicher Schaden, wenn sie umkommen, ist die Entscheidung ob Menschen emigrieren dürfen eine wirtschaftliche, ist der kurzfristige Profit wichtiger als langfristige Folgen, sind nicht die Auswirkungen für die einzelnen Menschen, oder für Ökosysteme, sowie deren pflanzliche und tierische Individuen entscheidend, sondern nur globale Berechnungen über die wirtschaftlichen Auswirkungen in denen viele Menschen mit einem Dollar auftauchen und Milliarden von Tieren und Pflanzen gar nicht.

## Aggro-Sprit Nun auch Widerstand „von oben“

**Floh** Gegen das Ländervotum des Bundesrates beschließt der Bundestag die ursprünglichen Pläne zur Steigerung des Bioethanolgehalts im Benzin rückgängig zu machen. Der Anteil liegt derzeit bei 6,25% und sollte bis 2010 auf 10% erhöht werden. Nun soll er rückwirkend vom 1. Januar 2009 von 6,25 Prozent auf 5,25 Prozent gesenkt werden und von 2010 bis 2014 auf 6,25 Prozent eingefroren werden. Aggro-Sprit ist keine Alternative zum



Benzin, da massenweise Regenwald gerodet und gebranntrodet wird für das anlegen von Palmölplantagen, welche, zumindest in Südostasien, inzwischen die Hauptursache der Regenwaldvernichtung sind, und er außerdem eine direkte Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion darstellt. Weltweit steigt die Nachfrage nach Aggro-sprit immernoch, obwohl längst belegt ist, dass die Co2 Bilanz schlechter als

bei herkömmlichem Benzin ist. Darum scheint es ja auch nicht zu gehen, sondern vielmehr, darum unabhängig von Erdölressourcen anderer Länder zu werden.



Palmölplantage so weit das Auge reicht.